



Positionen der IHK Halle-Dessau zur Bundestagswahl 2017

Standortpolitik



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Inhalt

Einleitung.....	2
Arbeitsmarktpolitik.....	4
Demografie.....	6
Schulen und Hochschulen.....	8
Aus- und Weiterbildung.....	10
Energiepolitik.....	12
Steuerpolitik.....	14
Finanzpolitik.....	16
Bürokratieabbau.....	18
Umwelt.....	20
Außenwirtschaft.....	22
Unternehmensgründung und -nachfolge.....	24
Technologie.....	26
Infrastruktur.....	28

Deutschland ist derzeit in wirtschaftlich guter Verfassung: Deutsche Produkte sind auf den Weltmärkten so begehrt wie nie. Die Beschäftigung ist auf Rekordniveau. Erstmals erscheint Vollbeschäftigung nicht mehr als reine Utopie. Angesichts des turbulenten letzten Jahrzehnts, in welchem eine beispiellose Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Lauf nahm, ist diese „deutsche Erholung“ sehr beachtlich.

Aber – wie stets im Leben – wecken Erfolge mancherorts auch Unmut und Begehrlichkeiten, so auch hier: Einerseits gibt es Unmut auf Seiten einiger internationaler Handelspartner, deren Wettbewerbsfähigkeit in manchen Bereichen nicht mit der deutschen mithalten kann. Aber statt selbst für erfolgsgeneigte Rahmenbedingungen auf den Märkten zu sorgen, wird versucht, den deutschen Wettbewerbsvorsprung gleichsam am Grünen Tisch durch Handelshemmnisse unterschiedlicher Art zu verringern. Auch blicken manche EU-Mitglieder neidisch auf den deutschen Überschusshaushalt. Statt die eigene, häufig nicht nachhaltige Haushaltspolitik zu korrigieren, versucht man, auf eine zwischenstaatliche Umverteilung innerhalb der EU zu setzen, um so am deutschen Erfolg teilzuhaben. Und zu guter Letzt wird auch in Deutschland die gute Lage von manch einem für umfangreiche Wahlversprechen genutzt.

Allen Kritikern gemein ist, dass diese den Blick nur auf die Verteilung des Kuchens richten, anstatt darauf, wie er entsteht. Wirtschaft ist aber kein Nullsummenspiel, bei dem beliebig verteilt werden kann, bis alle besänftigt sind. Wohlstandsentstehung und Wohlstandsverteilung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Man kann keine Umverteilung vornehmen, ohne das Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolges zu unterminieren. Einen aktiven Teil, der erwirtschaftet, und einen passiven, der konsumiert, kann es dauerhaft nicht geben – weder in der Bevölkerung eines Landes noch in einer Staatenunion. Die Regeln, nach denen der Kuchen heute verteilt wird, bestimmen maßgeblich mit darüber, wie groß der nächste Kuchen morgen wird.

Die einzige Möglichkeit, mehr Wohlstand zu schaffen, besteht darin, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich mehr Menschen erfolgreich am Wirtschaftsprozess beteiligen können. Wir setzen uns dafür ein, um im Bild zu bleiben, den Kuchen zu vergrößern, anstatt immer wieder aufs Neue kreative Wege zu finden, den bestehenden so zu verteilen, dass alle Partikularinteressen befriedigt werden. Dauerhaft mehr Wohlstand für mehr

Menschen ist nach unserer festen Überzeugung nur in der Sozialen Marktwirtschaft möglich.

In der auslaufenden Legislaturperiode wurden aber wichtige Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eklatant verletzt. Dass die Schäden noch nicht sichtbar sind, liegt in erster Linie an der durch Sondereffekte getriebenen Hochkonjunktur, die negative Konsequenzen teils überdeckt. Geraten wir jedoch in den naturgemäß folgenden nächsten konjunkturellen Abschwung, werden die Risse im Fundament deutlicher zu Tage treten.

Es wird sich dann zeigen, dass ein Mindestlohn (mehr) Beschäftigung verhindern kann, dass ein vorgezogener Renteneintritt Arbeitskräftepotentiale verschwendet und auf Dauer eine Unwucht in den Rentenkassen erzeugt, dass Wachstum dauerhaft nur durch Investitionen ermöglicht wird und nicht durch expansive Geldpolitik! Auch wird man sehen, dass Knappheiten nur beseitigt werden, wenn Preise im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage entstehen und nicht, wenn sie staatlich gesetzt werden, oder auch, dass Unternehmen und gar ganze Branchen in Not geraten, wenn sie denn dem Wettbewerb entzogen, statt ihm ausgesetzt werden!

Freilich möchte es niemand so weit kommen lassen. Auch und insbesondere sind wir als Wirtschaft an einer Konstanz der Wirtschaftspolitik in einem wachstumsfreundlichen Umfeld interessiert. Deswegen haben wir uns anlässlich der diesjährigen Bundestagswahl aufs Neue daran gemacht, unsere grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Ziele und Positionen zu formulieren und daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Wir rufen alle Kandidatinnen und Kandidaten, die für den Deutschen Bundestag kandidieren, dazu auf, sich für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft einzusetzen. Denn deren weitere Erodierung werden wir uns kaum leisten können. Und auch Sie, liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, laden wir ein, sich aktiv in den politischen Diskurs über die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzubringen. Wir hoffen, dass Ihnen diese Broschüre dazu einige Anregungen geben kann.



Carola Schaar
Präsidentin



Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

Arbeitsmarktpolitik

Wohlstand entsteht durch Arbeit!

Das **Ziel** wirksamer Arbeitsmarktpolitik besteht in mehr Beschäftigung durch mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Arbeit muss sich lohnen – für Unternehmer und für Beschäftigte gleichermaßen: Arbeitsplätze entstehen nur, wenn sie sich für beide Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – rechnen. Um Beschäftigungschancen zu erhöhen, muss die Belastung der Arbeit durch Steuern und Abgaben verringert werden. Lohnsteigerungen sollten ausschließlich von den Tarifparteien bestimmt werden. Mindestlöhne verteuern Arbeit ausgerechnet an den Einstiegsschwellen zum Arbeitsmarkt, zudem wirken sie kostentreibend auf das gesamte Lohngefüge. Mithin erhöhen Mindestlöhne grundsätzlich das Risiko zusätzlicher Arbeitslosigkeit.

Mehr Markt für den Arbeitsmarkt – Flexibilität gewährleisten: Starre Strukturen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise beim Kündigungsschutz, sichern nur scheinbar langfristige Beschäftigung. Wenn Neueinstellungen für Unternehmer mit hohen Risiken verbunden sind, dann wird dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert. Detaillierte Regulierungen von Zeitarbeit und Werkverträgen verringern die Offenheit des Arbeitsmarktes. Nur ein offener, flexibler Arbeitsmarkt gewährleistet eine hohe Beschäftigung!

Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt! „Gut Gemeintes“ bewirkt oft Negatives: Öffentliche Beschäftigungsprogramme sind meist wenig geeignet, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem verdrängen sie auf Dauer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Zielführender wären mehr Anreize für Arbeitslose, sich aktiv um eine Beschäftigung zu bemühen, sowie eine spürbare Senkung von Lohnnebenkosten und Abgaben, insbesondere im Niedriglohnbereich.

Handlungsempfehlungen

- Der gesetzliche Mindestlohn erhöht die Einstiegshürden für Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt. Für Problemgruppen umfangreiche Ausnahmen und Zuschüsse vorsehen!
- Neben Fördern das Fordern nicht vergessen! Wirksame Sanktionsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Außerdem sollten ökonomische Anreize für Arbeit gestärkt werden (mehr Lohnergänzung statt Lohnersatz). Lohnabstandsgebot beachten!
- Einfache Produktions- und Dienstleistungsarbeit bezahlbar und einträglich machen: Tarifäre und staatliche Belastungen („Abgabenkeil“) müssen verringert werden. Zur Entlastung des Faktors Arbeit sollten die Beiträge zur Kranken- und zur Pflegeversicherung vom Arbeitseinkommen abgekoppelt werden.
- Priorität für den ersten Arbeitsmarkt! Öffentliche Beschäftigung wie beispielsweise „Ein-Euro-Jobs“ oder „Bürgerarbeit“ dürfen keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt darstellen.
- Rahmenbedingungen verbessern! Faktische Einstellungshürden senken, betriebliche Bündnisse ermöglichen, Lockerung bei sachgrundloser Befristung von Arbeitsverhältnissen herbeiführen, Flexibilität über Zeitarbeit und Teilzeit weiterhin ermöglichen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmensicht

Wie sieht Ihre Strategie für mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt aus?

Werden Sie sich für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt einsetzen? Wie?

Halten Sie Mindestlöhne für ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument? Warum (nicht)?

Demografie

Kinder fördern, qualifizierte Zuwanderung erleichtern!

Das **Ziel** aller Bemühungen sollte darin bestehen, dem dramatischen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials entgegenzuwirken.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Fehlanreize in den Sozialsystemen sind für niedrige Geburtenraten mitverantwortlich! Um dem Bevölkerungsrückgang und der Überalterung entgegenzuwirken, ist eine Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Daran hat die Gesellschaft als Ganzes ein Interesse. Die massiven finanziellen Nachteile, die aufgrund unseres Steuer- und v. a. Rentensystems den Eltern bei der Gründung einer Familie entstehen, müssen abgebaut werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt für junge Erwerbstätige maßgeblich von den Möglichkeiten der Kinderbetreuung ab! Der Ausbau der Kinderbetreuung in öffentlichen und privaten Einrichtungen war ein wichtiger Baustein für die Steigerung der Beschäftigungsquote insbesondere von Frauen. Eine weitere Flexibilisierung hinsichtlich Öffnungszeiten und auch frühkindliche Bildungsangebote sind notwendig, um die regionale Fachkräftebasis möglichst umfassend auszuschöpfen.

Zuwanderung muss für das Arbeitskräftepotential nutzbar gemacht werden! Der Wohlstand einer Gesellschaft hängt entscheidend von der Produktivität und damit auch vom Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen ab. Qualifizierte Zuwanderung ist dabei ein wichtiger Ansatz zur Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials. Die konsequente Integration von Zugewanderten in den deutschen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Quelle zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Wohlstands.

Handlungsempfehlungen

- Rentenversicherungsrecht: Die Kinderzahl sollte bei der Berechnung der Rentenversicherungsansprüche stärker berücksichtigt werden.
- Kinderbetreuungseinrichtungen sollten in ausreichender Zahl und zu erschwinglichen Gebühren vorhanden sein und zeitlich flexible Betreuung anbieten, die mit den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt vereinbar ist.
- Private Betreuungsinitiativen sollten gegenüber öffentlichen Einrichtungen nicht finanziell benachteiligt werden.
- Steuerrecht: Familien- statt Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer; familienfreundliche Beschäftigungsmodelle in Unternehmen auch steuerlich honorieren.
- Integration von Zuwanderern in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen, Qualifikationsanstrengungen intensivieren und großzügige Ausnahmen von starren Arbeitsmarktregulierungen wie Mindestlohn ermöglichen.
- Förderung qualifizierter Zuwanderung: unkomplizierte und unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für qualifizierte Arbeitnehmer aus Drittländern gewähren.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie werden Sie die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen?

Wie wollen Sie die gestiegene Zuwanderung der letzten Jahre für die Fachkräftebasis der Wirtschaft nutzbar machen?

Wie wollen Sie Deutschland für qualifizierte Zuwanderer attraktiver machen?

Schulen und Hochschulen

Leistungsfähigkeit des Bildungssystems erhöhen!

Das **Ziel** besteht darin, die Fähigkeiten und Talente junger Menschen so weit wie möglich zu entwickeln und so ihre Chancen auf selbstbestimmte Teilhabe an unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Für eine erfolgreiche duale Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium müssen die Grundlagen bereits in der Schule gelegt werden. Lesen, Schreiben und Rechnen sind elementare Fähigkeiten, ohne die auch das erfolgreiche Bestehen einer dualen Berufsausbildung nicht möglich ist. Die Träger der dualen Ausbildung müssen diese elementaren Fähigkeiten bei Auszubildenden voraussetzen können.

Für optimale Lehr- und Lernbedingungen gibt es kein Patentrezept. Den Schulen sollten daher mehr Freiheiten – finanziell und strukturell – gewährt werden. Zugleich bedarf es aber eines einheitlichen Standards, um die Qualität und Vergleichbarkeit der erworbenen Abschlüsse bundesweit sicherzustellen.

Fach- und Methodenkompetenz sind gleichermaßen wichtig! Denn ohne Methodenkompetenz kann erworbenes Fachwissen in der Praxis nicht angewandt werden. Ohne Fachwissen wiederum gibt es nichts anzuwenden. Das gilt insbesondere für die Wissensvermittlung an Hochschulen. Mindestens so wichtig, wie die Frage, WAS man lernt, ist die Frage, WIE man lernt (und lehrt...)!

Handlungsempfehlungen

- Qualitätswettbewerb im Schulsystem befördern durch mehr Autonomie bei Personal und Finanzen sowie der Vermittlung von Inhalten!
- Lehreraus- und -fortbildung reformieren, mehr Praxisbezug!
- Wirtschaft, Wettbewerb und Unternehmertum weiter als Querschnittsinhalte fächerübergreifend in die Schulausbildung integrieren!
- Wettbewerb auch zwischen den Hochschulen stärken! Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung muss weiterhin die Möglichkeit zum Auf- oder Abstieg bieten, weil nur so Anreize zu stetiger Leistungsverbesserung aller Hochschulen gesetzt werden.
- Das derzeitige Arbeits- und Aufenthaltsrecht muss gelockert werden. Die Internationalisierung der Wissenschaft macht es erforderlich, unser Land stärker für ausländische Akademiker zu öffnen.
- Hochschulen sollten umfassender über Arbeitsmarktperspektiven ihrer Studiengänge informieren.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass unsere Kinder eine gute Schulbildung erhalten?

Was werden Sie tun, um die Voraussetzungen für eine ausreichend breite Facharbeiterbasis zu sichern?

Wie wollen Sie die Leistungsfähigkeit der Hochschullandschaft stärken?

Aus- und Weiterbildung

Qualität verbessern, Übergangssysteme stärken!

Ziel ist es, der Wirtschaft eine breite und adäquat qualifizierte Fachkräftebasis zu bieten.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Die duale Ausbildung in Deutschland hat sich bewährt. Sie sorgt einerseits für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Andererseits sichert die Einbindung der Wirtschaft die Qualität und Praxisrelevanz des Ausbildungssystems. Über 1,3 Millionen Jugendliche absolvieren derzeit eine betriebliche Ausbildung in Deutschland und sichern sich damit hervorragende Beschäftigungsaussichten. Die Unternehmen investieren jährlich über 23 Mrd. Euro in die Ausbildung der künftigen Fachkräfte. Zudem bietet die duale Ausbildung gute Integrationschancen für junge Geflüchtete.

Die Ausbildungsreife junger Menschen ist entscheidend für ihren Erfolg in der Berufsausbildung. Deutschlandweit blieben 2016 über 43.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, weil geeignete Bewerber fehlten. Gleichzeitig verließen mehr als 47.000 Jugendliche die Schulen ohne einen Abschluss. Auch beklagen Unternehmen die mangelhaften Voraussetzungen der Bewerber: In Umfragen geben drei Viertel der befragten Unternehmen an, dass mangelnde Deutsch- und Mathematikkenntnisse – begleitet von fehlenden Sozialkompetenzen – die Ausbildung erschweren.

Berufliche Weiterbildung schützt vor Fachkräftemangel. Aufgabe der beruflichen Weiterbildung ist es, das vorhandene Potential an Fach- und Führungskräften zu heben und zu fördern, um auf diese Weise Know-how in die Unternehmen zu bringen. Erwerbstätige, die bereits qualifizierte Tätigkeiten ausüben, nehmen fast dreimal so häufig an Weiterbildungen teil wie solche, die lediglich einfache Tätigkeiten ausüben.

Handlungsempfehlungen

- Bildungs-/Leistungsniveau der Schulabgänger verbessern!
- Berufliche Bildung stärken und nicht als mögliche „Restgröße“ vernachlässigen! Bitte keine „Akademisierung um jeden Preis“!
- Berufliche Bildung sollte wohnort- und/oder ausbildungsortnah organisiert werden!
- Betriebliche duale Ausbildung hat Vorrang, vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit vergleichbarem Abschluss sollten auslaufen!
- Berufsorientierung an Sekundar-, Förderschulen und Gymnasien anbieten!
- Rahmenbedingungen für Digitalisierung der Bildung schaffen!
- Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung aktiv gestalten!
- Wirksame Methoden zur Qualifikation von Langzeitarbeitslosen entwickeln! Längere Weiterbildungen sind verschiedenen kurzen Maßnahmen vorzuziehen.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die duale Berufsausbildung stärken?

Was wollen Sie dafür tun, um die Ausbildungsreife Jugendlicher zu verbessern?

Wie kann eine effektive Verzahnung der Lernorte Schule und Unternehmen erreicht werden?

Stichwort „Lebenslanges Lernen“: Wie wollen Sie die Beteiligung an Weiterbildungen besonders bei Geringqualifizierten weiter erhöhen?

Energiepolitik

Sicher, bezahlbar und nachhaltig!

Das **Ziel** einer vernünftigen Energiepolitik besteht darin, den aktuellen und absehbaren Energiebedarf sicher, bezahlbar und nachhaltig zu decken.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Energie ist lebenswichtig – für jeden privaten Haushalt und für jedes Unternehmen. Sachsen-Anhalts Wirtschaft ist in weiten Teilen energieintensiv; im Süden des Landes sind insoweit die Ernährungswirtschaft und die Chemie besonders hervorzuheben. Bestehende Industriestandorte und industrielle Neuansiedlungen dürfen nicht durch deutsche Alleingänge bei der Energie- und Klimapolitik gefährdet werden.

Energie muss bezahlbar bleiben – als Produktionsfaktor und als Verbrauchsgut. Energiepolitik darf keine reine Klimapolitik sein. Ob die Vermeidung von CO₂-Emissionen im Energiesektor oder in anderen Bereichen stattfindet, ist im Hinblick auf das Vermeidungsziel unbedeutend. Daher sollte man sicherstellen, dass CO₂-Emissionen dort vermieden werden, wo dies zu den geringsten Kosten möglich ist. Der Emissionsrechtehandel ist das einzige klimapolitische Instrument, das diese Einsicht umfassend berücksichtigt.

Nötig ist ein ideologiefreier Mix von Energiearten und -trägern statt Einzelprivilegierung. Der Gesamtausstoß an CO₂ ist durch den europäischen Emissionsrechtehandel vorgegeben („gedeckt“). Zusätzliche Regulierungen wie z.B. die Subventionierung oder das Verbot bestimmter Technologien sind deshalb klimapolitisch wirkungslos. Sie verursachen lediglich hohe gesamtwirtschaftliche Kosten, denen keinerlei Nutzen gegenübersteht.

Handlungsempfehlungen

- Erneuerbare Energien müssen sich im Markt behaupten: Einspeisevorrang für erneuerbare Energie und EEG sofort abschaffen!
- Netzausbaukosten bundesweit umlegen!
- Industriestandort Deutschland durch wettbewerbsfähige Energiepreise sichern – staatliche Abgaben auf Strom und Energie senken!
- EU-Richtlinien 1:1 umsetzen – keine Übererfüllung in nationalen Alleingängen!
- Energiepolitischen Instrumentenkasten aufräumen, Wechselwirkungen vermeiden!
- Energiemix ausgewogen gestalten, keine Energieträger per se ausschließen!

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmenssicht

Wie wollen Sie erreichen, dass Energie bezahlbar bleibt?

Wie stellen Sie sich einen ausgewogenen Energiemix vor?

Welche Rolle spielen dabei die Braunkohle und Erdgas?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Netzausbau für die Nutzung der erneuerbaren Energien die Unternehmen nicht über Gebühr belastet?

Steuerpolitik

Einfach und gerecht!

Das **Ziel** besteht darin, ein möglichst einfaches und gerechtes Steuersystem zu schaffen, das die Finanzierung der notwendigen staatlichen Aufgaben sicherstellt und zugleich genug Leistungsanreize erhält.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Nur ein einfaches und verständliches Steuersystem kann auch gerecht sein. Ein Steuersystem, das so kompliziert ist, dass es selbst Fachleute nicht vollständig verstehen, kann weder effizient noch gerecht sein.

Das historisch gewachsene deutsche Steuersystem stellt sich als immer schwerer zu bewältigende Herausforderung dar. Die Berücksichtigung von immer mehr Partikularinteressen und Ausnahmeregelungen produzierte im Laufe der Zeit ein System, das heute zu hohen Bürokratiekosten für die Unternehmen und zu Wettbewerbsnachteilen im internationalen Vergleich führt. Insbesondere trifft dies auf die Umsatzsteuer mit ihren ausufernden Nachweis- und Aufzeichnungspflichten zu.

Das Steuersystem gefährdet zunehmend die Eigenkapitalbasis der Unternehmen. Die Substanzbesteuerung bei der Gewerbesteuer ist ein Hemmschuh für Investitionen und Unternehmenssanierungen. Wenn Unternehmen für Steuerzahlungen Eigenkapital aufwenden müssen, erschwert dies ihren Zugang zu Fremdkapital, schmälert die Basis für Investitionen und hindert sie am Wachstum.

Handlungsempfehlungen

- Das Steuerrecht muss vereinfacht werden! Weniger Steuerarten und weniger Ausnahmen sowie klarere Regeln sorgen für mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung der Lasten.
- In Steuergesetzen und -verordnungen brauchen wir einfache und rechtssichere Regelungen. Eine verbesserte Regelung der verbindlichen Auskünfte der Finanzverwaltung würde für mehr Rechtssicherheit sorgen.
- Kurzfristig sind gewerbsteuerliche Hinzurechnungen von Mieten, Pachten, Zinsen u. a. abzuschaffen. Langfristig sollte die Gewerbesteuer durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht ersetzt werden, die alle in der Gemeinde wirtschaftlich Tätigen einbezieht, nicht nur die gewerbliche Wirtschaft, und so für einen stabileren und weniger konjunkturabhängigen Einnahmestrom der Kommunen sorgt.
- Der Abbau des sogenannten Mittelstandsbauchs im Einkommensteuertarif und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags würden die Investitionskraft der Personenunternehmen deutlich stärken.
- Steuerpolitik darf die Unternehmensnachfolge nicht erschweren. Aktuelle Regelungen bei Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer und Beteiligungsfinanzierung dürfen keinesfalls verschärft werden!

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich für ein einfacheres Steuersystem einsetzen? Welche Vereinfachung streben Sie konkret wie an?

Wie wollen Sie die Einnahmesituation der Kommunen unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen machen?

Wie sollte die Einkommensteuer ausgestaltet sein?

Das **Ziel** besteht darin, durch konsequente Konsolidierung Handlungsspielräume zu erschließen und diese für Investitionen und Steuerentlastungen zu nutzen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Ausgaben folgen Aufgaben. Staatliche Ausgaben sind nur gerechtfertigt, wenn überhaupt eine Aufgabe vorliegt, die unbedingt erfüllt werden muss und zu deren Erfüllung nur staatliches Handeln geeignet erscheint. Deshalb sind staatliche Aktivitäten regelmäßig darauf hin zu überprüfen, ob sie überhaupt (noch) notwendig sind („Aufgabenkritik“).

Konsolidierung ist unverzichtbar, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die gegenwärtigen Erfolge bei der Konsolidierung sind vor allem den hohen Steuereinnahmen und dem günstigen Zinsumfeld zu verdanken. An strukturellen Reformen hingegen mangelt es seit Jahren. Angesichts von Steuereinnahmen in Rekordhöhe gilt es, verstärkt die Ausgaben in den Blick zu nehmen und auf Überflüssiges zu verzichten.

Investitionen statt Staatskonsum: Für eine dauerhaft gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind Investitionen, vor allem in Infrastruktur, wichtiger als rein konsumtive Ausgaben des Staates. Die Kassenlage der Kommunen ist jedoch regional höchst unterschiedlich. Die Wirtschaft ist aber in allen Regionen des Landes auf eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Handlungsempfehlungen

- Der Bundeshaushalt muss über die Ausgabenseite konsolidiert werden. Die aktuell hohen Steuereinnahmen werden konjunkturbedingt auch wieder sinken. Strukturelle Reformen sind notwendig für einen nachhaltigen Haushalt.
- Bund und Länder müssen die Schuldenbremse konsequent und glaubhaft umsetzen. Zu groß ist (derzeit) die Gefahr, dass die Regelungen umgangen werden.
- Staatliche Investitionen in die Infrastruktur müssen verstärkt werden, um die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen zu verbessern und mehr private Investitionen, mehr Wirtschaftswachstum und damit auskömmliche Steuereinnahmen zu ermöglichen.
- Eine europäische Finanzverfassung, bei der Handlung und Haftung nicht auseinanderfallen, ist nötig. Jedes Land muss (wieder) für seine eigenen Finanzen verantwortlich sein.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Haushaltskonsolidierung vorantreiben?

Wie wollen Sie staatliche Investitionen trotz Konsolidierungsdruck sicherstellen?

Wie wollen Sie die Investitionskraft der Kommunen erhöhen?

Bürokratieabbau

Überflüssiges abschaffen, Notwendiges vereinfachen!

Das **Ziel** besteht darin, durch klarere, einfachere Regeln eine effizientere und effektivere Verwaltung zu schaffen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Wirksame Regeln müssen einfach und verständlich sein: Jede Rechtsvorschrift muss für Betroffene verständlich formuliert sowie hinsichtlich Inhalt und Regelungszweck nachvollziehbar sein. Verlässliche Rahmenbedingungen sind unverzichtbar für das Funktionieren einer Wirtschaft.

Vorfahrt für Subsidiarität. Oft werden bei Vorschriften, die auf nationaler oder europäischer Ebene erlassen werden, regionale Unterschiede nicht angemessen berücksichtigt, mit der Folge, dass es zu unbeabsichtigten, oft schädlichen Nebenwirkungen kommt. Daher sollten Entscheidungen vorzugsweise auf derjenigen Ebene gefällt werden, auf der die Kenntnis der besonderen Umstände und Auswirkungen am größten ist.

Den Unternehmen entstehen hohe Kosten durch Regulierung. Das Niveau der Bürokratiekosten durch Berichtspflichten ist mit mehr als 40 Mrd. Euro bereits sehr hoch. Die Befolgungskosten einschließlich Schulungen und Anschaffungen von Geräten, z. B. bei elektronischen Registrierkassen, sind um ein Vielfaches höher. Zudem verursachen der gesetzliche Mindestlohn und Regelungen wie die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge bürokratischen Aufwand und Unsicherheiten vor allem bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

E-Government birgt enormes Einsparpotential. Durch Steuer- und Statistikmeldungen, Arbeitgebermeldepflichten, Gewerbean- und -ummeldungen kommt ein mittelgroßes Unternehmen jährlich auf rund 200 Verwaltungskontakte. Dies führt zu erheblichen Bürokratiebelastungen, die durch Nutzung des E-Governments deutlich verringert werden könnten.

Handlungsempfehlungen

- Kräfte und Kompetenzen der Selbstverwaltung stärken!
- Bürokratiekostenmessung durchführen bzw. konsequent weiterführen; 1:1 umgesetztes EU-Recht, belastende Verwaltungsvorschriften und einmaliger Erfüllungsaufwand müssen bei der Anwendung der „One in, one out“-Regel berücksichtigt werden.
- Noch mehr Möglichkeiten schaffen, Vorschriften befristet zu erlassen und nach Ablauf der Frist die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Vorschrift zu überprüfen!
- EU-Regeln nur soweit wie vorgeschrieben umsetzen! Übertriebene deutsche Alleingänge schaden der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.
- Das Ziel, die 100 meistgenutzten Verwaltungsleistungen flächendeckend online anzubieten, muss endlich konsequent und anwenderfreundlich umgesetzt werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich für eine Vereinfachung von Regeln und Vorschriften einsetzen? Wie?

Werden Sie die Befristung von Gesetzen und Verordnungen ausweiten?

Welche Schritte sind Ihrer Meinung nach erforderlich, um die Nutzung des E-Governments attraktiver zu machen?

Das **Ziel** besteht darin, den Menschen eine möglichst hohe Lebensqualität zu gewährleisten und die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Nachhaltigkeit hat mehrere Dimensionen: Ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sind gleichrangig und bilden ein Zieldreieck. Eine umsichtige Umweltpolitik hat alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit im Blick.

Ökonomie und Ökologie sind keine Widersprüche! Sie stehen nicht in einem grundsätzlichen Zielkonflikt zueinander, denn beide dienen dazu, den Menschen dauerhaft eine möglichst hohe Lebensqualität zu sichern. Wenn dennoch Konflikte auftreten, muss, wie in allen anderen Politikbereichen auch, eine Abwägung des erzielbaren Nutzens mit den auftretenden Kosten erfolgen.

Sachliche Argumente sind zielführender als Alarmismus. Umweltpolitische Debatten sollten keine irrationalen Ängste schüren, sondern auf Argumenten und wissenschaftlich fundierten Fakten beruhen. Dies gilt insbesondere für die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit bestimmter umweltpolitischer Instrumente. Ansonsten läuft die Politik Gefahr, durch ineffiziente Regulierungen überflüssige Kosten zu verursachen und die eigentlichen umweltpolitischen Ziele zu verfehlen.

Die Umwelt effektiv und effizient schützen: Technologieoffene und anreizbasierte Instrumente wie Steuern oder Zertifikathandelssysteme sind stets effizienter und deshalb ökologisch zielführender als Grenzwerte, Verbote oder die willkürliche Subventionierung staatlich protegierter Technologien.

Handlungsempfehlungen

- Es sind stets die effizientesten umweltpolitischen Instrumente zu wählen, d.h. diejenigen, die ein gegebenes ökologisches Ziel zu den geringsten ökonomischen Kosten erreichen können.
- Bei Folgeabschätzungen sind nicht allein die Risiken, sondern auch die Chancen eines Projektes fair zu berücksichtigen. Denn auch die Unterlassung neuer Projekte oder Technologien birgt Risiken.
- Keine Übererfüllung europäischer Vorgaben! Um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, darf bei der Umsetzung europäischer Normen in deutsches Recht nicht über das Ziel hinausgeschossen werden!
- Anreize für Wettbewerb stärken! Private Unternehmen dürfen nicht durch rechtliche Regelungen und Verwaltungshandeln benachteiligt werden.
- Einheitliches Vorgehen der Bundesländer zur Luftreinhaltung! Es sollte weder die blaue Plakette noch lokale Fahrverbote geben.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Anforderungen der Umweltpolitik weiter zu verschärfen oder halten Sie die Anforderungen bereits für streng genug?

Welche Belange werden bei Ihren Entscheidungen maßgeblich sein? Sehen Sie zwingend Zielkonflikte zwischen dem Schutz von Natur und Umwelt auf der einen und der Realisierung von Bauvorhaben (Hochwasserschutz, Unternehmensansiedlungen, Straßen, Schienen, Binnenschifffahrt etc.) auf der anderen Seite? Wenn ja, wie wollen Sie diese Zielkonflikte lösen?

Wie sollte Ihrer Meinung nach eine wirtschaftsfreundlichere Umsetzung von Umweltbestimmungen erreicht werden?

Außenwirtschaft

Chancen für die regionale Wirtschaft nutzen!

Das **Ziel** sollte darin bestehen, noch mehr Unternehmen die Teilnahme am internationalen Handel zu ermöglichen.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Exportierende Unternehmen sind das Rückgrat des kontinuierlichen deutschen Wirtschaftswachstums: Die Internationalisierung ist ein Wachstumsmotor und sichert viele Arbeitsplätze. Deutsches Know-how ist weltweit gefragt. Die Nachfrage aus dem Ausland verstetigt die wirtschaftlichen Wachstumszyklen und hilft, Gewinnschwellen für neue Technologien zu erreichen. Es kommt darauf an, dass möglichst viele Unternehmen von dieser Wachstumsdynamik profitieren können, gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen.

Bürokratie erschwert den Außenhandel: Handelshemmnisse im internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr nehmen weiter zu. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Behörden hier in Deutschland den Unternehmen das internationale Geschäft erleichtern und sie von zusätzlichen Vorschriften und Verordnungen entlasten.

Protektionismus gefährdet den Erfolg unserer Unternehmen: Der bevorstehende Brexit und die protektionistischen Bestrebungen der neuen US-Regierung bergen die Gefahr, dass handelspolitische Errungenschaften zurückgedreht werden. Auch die Sanktionen gegen Russland behindern den wirtschaftlichen Austausch. Ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Freihandelsrunde in Doha rückt in weite Ferne. Handelsabkommen wie TTIP und TPP liegen auf Eis. Protektionistische Maßnahmen wie z.B. Schutzzölle werden oft durch entsprechende „Vergeltungsmaßnahmen“ beantwortet – Handelskonflikte schaukeln sich auf. Dadurch entstehen Unternehmen und Verbrauchern auf beiden Seiten enorme Schäden.

Handlungsempfehlungen

- Außenwirtschaftsförderung so offen wie möglich gestalten, keine Branche ausschließen und Angebote zur internationalen Markterschließung besser bündeln!
- Unterschiedliche Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit im internationalen Handel müssen aufeinander abgestimmt werden, um Dopplungen und überflüssigen bürokratischen Aufwand gerade für KMU zu vermeiden.
- Bei der Ausgestaltung des Dienstleistungsbinnenmarktes muss der Gedanke der Abschaffung von Hindernissen Priorität vor dem Schutz nationaler Märkte haben.
- Um die Chancen deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt zu verbessern, sind weiterhin multilaterale und zur Not auch bilaterale Freihandelsabkommen voranzutreiben.
- Es sollte alles daran gesetzt werden, verhandelte Freihandelsabkommen – wie etwa CETA mit Kanada – in Kraft zu setzen, TTIP weiter zu verfolgen und ein Roll-Back erzielter Abkommen zu verhindern.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmenssicht

Wie wollen Sie dazu beitragen, die internationale Verflechtung der sachsen-anhaltischen Wirtschaft zu stärken?

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, unseren Unternehmen das internationale Geschäft zu erleichtern?

Wie stehen Sie zur Umsetzung außenpolitischer Ziele durch Embargos und Handelssanktionen?

Werden Sie sich für Freihandel und offene Märkte einsetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Unternehmensgründung und -nachfolge

Unternehmergeist stärken, Unternehmensnachfolge sichern!

Das **Ziel** besteht darin, die unternehmerische Selbstständigkeit als erstrebenswerten „Beruf“ und lohnenswerte Alternative zur abhängigen Erwerbsarbeit herauszustellen sowie den Unternehmensbestand langfristig und nachhaltig zu sichern.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Unkenntnis und Fehleinschätzungen dominieren das öffentliche Unternehmerbild. Insbesondere der Unterricht an Schulen und Hochschulen vermittelt oft keine umfassenden und realistischen Eindrücke zu den Chancen der unternehmerischen Tätigkeit. Sie wird als alternative Erwerbsform nicht angemessen dargestellt.

In Deutschland droht eine große „Unternehmerlücke“. Die Gründungsbereitschaft sinkt seit Jahren. Hinzu kommt, dass übergabebereite Unternehmer oft keinen geeigneten Nachfolger mehr finden. Konsequenz: Der Negativtrend im Unternehmensbestand hält an, mit entsprechenden mittelfristigen und langfristigen Folgen sowohl für den Beschäftigungsgrad als auch für die eingeschränkte Verfügbarkeit von Leistungen und Produkten.

Unternehmensgründungen müssen schnell und unbürokratisch erfolgen können. Gründer wollen und müssen sich auf die Etablierung ihres Geschäfts am Markt und auf die Stabilisierung ihres Unternehmens konzentrieren. In dieser „Startphase“ ist ihnen vor allem geholfen, wenn bürokratische Lasten auf ein Mindestmaß reduziert und der Zugang zu Finanzierungen erleichtert werden.

Das Thema Unternehmensnachfolge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Eine wachsende Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern sucht einen Nachfolger, der ihr Lebenswerk fortsetzt. Das Thema wird aber oft zu lange verdrängt, der zeitliche und inhaltliche Aufwand der Nachfolgersuche häufig unterschätzt.

Handlungsempfehlungen

- Unternehmergeist früh wecken! Die Vermittlung unternehmerischer Praxis gehört obligatorisch in die Lehrpläne von Schulen und Hochschulen – idealerweise auch unter Einbeziehung der Unternehmen vor Ort.
- Gründerkultur stärken! Insbesondere Gründernetzwerke an Hochschulen müssen mit genügend Ressourcen ausgestattet werden, um den Wissens- und Technologietransfer durch Ausgründungen zu stärken.
- Bürokratische Hürden im Gründungsprozess so niedrig wie möglich halten:
 - Melde- und Berichtspflichten reduzieren
 - Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen
 - Steuerliche Erleichterungen für Kleinunternehmer schaffen
 - Möglichkeit der Gewerbeanmeldung bei der IHK einrichten
- Zugang zu Fremdkapital erleichtern. Öffentliche Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen müssen erhalten bleiben bzw. punktuell noch angepasst werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Wie wollen Sie die Gründerkultur in Deutschland stärken?

Welche Erleichterungen können Sie sich für Gründer vorstellen?

Wie wollen Sie die Nachfolgeproblematik angehen?

Das **Ziel** einer zukunftsorientierten Technologiepolitik besteht darin, geeignete institutionelle und materielle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Unternehmen im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen sowie um neue Produkte und Verfahren behaupten können.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Innovation ist nicht nur Invention (die Erfindung an sich), sondern insbesondere auch die praktische Implementierung einer Neuerung im Markt. Das geht nur mit schöpferischen Unternehmern.

Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren. Sein Ergebnis kann niemandem im Voraus bekannt sein. Deshalb verspricht eine branchen- und technologieoffene Innovationsförderung die größten Erfolge.

Bei der Innovationsförderung kommt es auf den Output an. Entscheidend ist, dass mit der Innovationsförderung Ergebnisse erzielt werden. Eine Fixierung auf den Input – z.B. bestimmte FuE-Quoten – ohne Berücksichtigung des Outputs birgt die Gefahr, dass lediglich Kosten gesteigert werden, ohne dass der Nutzen erhöht wird.

Daten machen nicht vor nationalen oder EU-Grenzen halt. Internationale Datenschutzstandards können die Innovationskraft der Wirtschaft sichern und die Digitalisierung voranbringen. Nationale Sonderwege bergen hingegen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen.

Handlungsempfehlungen

- Die Forschungsförderung im Allgemeinen sowie die Technologieförderung im Besonderen sollten primär auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung (FuE) in den Unternehmen selbst ausgerichtet sein!
- Die Empfehlung einer stärker an den Unternehmen selbst ausgerichteten Förderpolitik gilt in besonderer Weise für die Orientierung an den Realitäten und Belangen kleiner und mittlerer Unternehmen.
- Unternehmerische Ideen sollten ohne Beschränkung auf politisch vorgegebene Richtungen unterstützt werden. Schwerpunkte können ggf. verstärkend gesetzt werden, dürfen aber keinesfalls ausschließende Wirkung besitzen!
- Die Forschungsförderung sollte verstetigt und an die realen Forschungs- und Entwicklungszeiträume (insbesondere in den Unternehmen) angepasst werden!
- Darlehen oder steuerliche Förderung können im FuE-Bereich die bewährten Zuschussprogramme ergänzen, keinesfalls aber ersetzen.
- Forschungsförderprogramme sollten stärker outputorientiert gestaltet werden. Die Outputorientierung sollte durch eine effektive begleitende Evaluierung sichergestellt werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmensicht

Wo sehen Sie Defizite bei der Innovationskraft der sachen-anhaltischen Unternehmen?

Wie wollen Sie die Innovationskraft der Unternehmen stärken?

Wie stellen Sie sich eine sinnvolle, praktikable und wirksame Technologie- bzw. FuE-Förderung vor?

Infrastruktur

Lebensadern sichern und stärken!

Das **Ziel** besteht darin, eine leistungsfähige Infrastruktur bereitzustellen und zu erhalten, ohne die es keine leistungsfähige Wirtschaft geben kann.

Für den **Weg** zu diesem Ziel gelten folgende Einsichten und Grundsätze:

Die Infrastruktur ist entscheidend für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region. Dies galt (und gilt nach wie vor) insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur, aber zunehmend auch für die technologische Infrastruktur. So sind leistungsstarke Breitbandanbindungen für Unternehmen genauso unerlässlich wie funktionierende Verkehrswege, eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie eine sichere Entsorgung. Dazu gehören auch langfristig verfügbare Deponien in ausreichender Anzahl und Kapazität.

Nur ein marktadäquater Verkehrsträgermix kann unterschiedlichen Bedürfnissen der Konsumenten gerecht werden. Wie in anderen Bereichen gilt auch und insbesondere für den Bereich Verkehr: Notwendig ist ein bedarfsgerechter und technologieoffener Mix der Verkehrsträger – nicht eine Privilegierung oder Diskriminierung einzelner Verkehrsträger aufgrund bestimmter politischer (und/oder gar ideologischer) Präferenzen.

(Innen)Städte als attraktive Zentren und Wirtschaftsstandorte entwickeln und stärken. Demografischer Wandel, Investitionsstaus, Qualitätsverluste in den Innenstädten und mangelnde Alleinstellungsmerkmale im zunehmenden Standortwettbewerb signalisieren Handlungsbedarf bei der Sicherung und Stärkung unserer Innenstädte. Aufgrund der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Innenstädte und Stadtteilzentren muss es das Ziel sein, diese als attraktive Zentren und Wirtschaftsstandorte zu entwickeln bzw. zu stärken.

Handlungsempfehlungen

- Ausreichende und verlässliche Finanzierung für Instandhaltung und notwendige Aus- und Neubauten sichern, damit Substanzverzehr stoppen und Engpässe in den Verkehrsnetzen beseitigen!
- A 143, A 14-Nordverlängerung und B 6n schnellstens fertig stellen!
- Bundesverkehrswegeplan 2030 konsequent umsetzen!
- „Gesamtkonzept Elbe“ jetzt umsetzen und Schifffahrtsbedingungen auf der Elbe verbessern! Saale als Bundeswasserstraße erhalten!
- Flächendeckender Breitbandausbau ist eine Daueraufgabe, bis 2018 mindestens 100 Mbit/s in Industrie- und Gewerbegebieten und 50 Mbit/s in der Fläche gewährleisten.
- Eine bessere länderübergreifende Abstimmung zu langfristig notwendigen Deponiekapazitäten ist dringend vonnöten.
- Städte und Gemeinden benötigen Unterstützung bei der Entwicklung und Stärkung ihrer Zentren. Die IHK begrüßt die öffentliche Städtebauförderung und empfiehlt ihre Fortsetzung. Zur besseren Zugänglichkeit sollte das Beantragungsverfahren geprüft und vereinfacht werden.

Fragen an die Kandidaten aus Unternehmersicht

Welche Möglichkeiten (Notwendigkeiten) sehen Sie generell und grundsätzlich für die Beschleunigung von Planungsverfahren?

Wie wollen Sie eine ausreichende und verlässliche Infrastrukturfinanzierung, auch unabhängig von jährlichen Haushalten, sichern?

Wie unterstützen Sie die leistungsfähige und vor allem zukunftssichere Breitbandversorgung für Unternehmen und Bürger?

Herausgeber und Redaktion:

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Geschäftsfeld Standortpolitik
Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale) | Telefon: 0345 2126-0
Fax: 0345 2029649 | info@halle.ihk.de | www.halle.ihk.de
Foto Titelseite: © Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Juli 2017